

Bezugsgebühr:

Geschäftliche und Privat-
zeitung. Ausgabe durch unabhän-
gige Redakteure und Autoren, zu
Sonne und Morgen nur einmal
am Tag ab 10 Uhr, durch ausländische Com-
munications a 100 bis 200 Pf.
Bei ausländischer Auslieferung durch die
Post a 100 Pf. (oder Preisfall), im Aus-
land mit entsprechendem Aufschlag.
Nachtrag oder Beilage a. Original-
ausgaben nur mit beschränkter
Auslieferung (Dresden, Stadt).
Gleicher Redaktions- und Heraus-
geber. Ausländische Sonder-
ausgaben werden unterdrückt:
verbotene Werke werden
nicht aufgefunden.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Gegründet 1856.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und
Landwirtschafts-Geräte.

Anzeigen-Carit.

Nahnahme von Anzeigen
bis mitternacht 3 Uhr. Sonn- und
Mittwoch nur Montagmahlzeit von
11 bis 12 Uhr. Die 1. und 2. Auflage sind
ca. 8 Seiten zu 10 Pf. An-
zeigungen auf der Innenseite Seite
25 bis 28, die sonstige Seite als „An-
gelehnkt“ über auf Tafel 20 bis 25
im Kammern nach Sonn- und Mitt-
woch 10 bis 12 Uhr. Ausländische Aus-
lieferungen a 100 bis 200 Pf. nach be-
sonderem Tarif. Ausländische Aus-
lieferungen nur gegen Betriebsabschluss.
Belegblätter werden mit 10 Pf.
bezeichnet.

Berufserlaubnis:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2006.

Heinr. Meyers Lebertran
Heinr. Meyers Lebertranemulsion
Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Eichen- und Buchen-Riemenparkett
verschiedener Stärke, verlegt und unverlegt
liefern als Spezialität die Parkettfabrik
Louis Heine
Dresden-L., Sachsen-Allee 5. Fernsprecher 1. 2292.
Lieferant vieler Staats- und städtischer Behörden.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38/40.

PHOTOGRAPHIE KIRSTEN
TAGESLICHT — ELEKTR. LICHT
BAUTZNER STRASSE 12.
GEGRÜNDET 1867. STRASSENBAHN-HALTESTELLE:
BAUTZNER STR. — KURPFUERSTEN STR.

Regenschirme aller Preislagen
in grossartiger Auswahl

C. A. Petschke, Wilsdruffer Str. 17, Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.

Fr. 342. Siegel: Staatsdebatte im Reichstag. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Oberrechnungskammer. Mittwoch. Witterung: Wüst, wolbig. **Freitag, 11. Dezember 1903.**

Erster Tag der Staats-Debatte im Reichstag.

Bei der Staatsdebatte gilt in allen Parlamenten der Grundsatz, dass die Redner sich nicht streng an die finanziellen Gesichtspunkte zu halten brauchen, sondern Schläger allgemeinen Charakter auf öffentliche Zustände und Verhältnisse werfen dürfen, die mit den eigentlichen budgetären Angelegenheiten nur in mehr oder weniger losem Zusammenhang stehen. In unserem deutschen Reichstage insbesondere hat sich im Anschluss an diese parlamentarische Lizenz die Gevlogenheit einer weit abschwärenden Behandlung des Staats herausgebildet, so dass alle Elemente, die bei der „Verdauung“ der reichstädtischen Kost irgendwie in Misskosten gezeigt werden, vom Präsidenten bis zum Zeitungsleser regelmäßig ein gelindes Grauen zu befassen pflegt, wenn bei der Staatsberatung die einzelnen Redner mit einer erbarumlosen Überfülle von rhetorischen Genüssen aufwarten. Da hessen keine Mahnungen an die Kostbarkeit der Zeit, keine Hinweise auf die Notwendigkeit einer beschränkenden Selbstzucht. Der Trieb, sich leicht irreden zu hören und wohl auch zum Fenster hinaus zu den Ohren der großen Masse zu reden, ist bei den meisten Abgeordneten derartig ausgebildet, dass er alle anderen Regungen unterdrückt. Er rollt sich denn jedesmal bei der Staatsdebatte das gleiche Bild auf: die einzelnen Abgeordneten würden aus dem Geiste ihrer Söhne eine Menge von allen möglichen und unmöglichen Beschwerden, Wünschen, Klagen hervorrufen, halten gewisse „Abrechnungen“ mit einzelnen Ministern, über die sie sich verschwätzen fühlen, tragen am üblichen Brustton der Überzeugung ihre parteipolitischen Sonderinteressen zur Schau und überleben sich auf radikaler Seite in agitatorischen Aussäßen und unstillbaren Forderungen. Zu allem Überfluss pflegt der Rededrang, der bei der allgemeinen Debatte doch schon so ausgiebig zu seinem Recht gekommen ist, bei der späteren Beratung der einzelnen Ressorts nach nochmaliger Verstärkung zu lecken, und so geht es mit Grazie ins Unendliche weiter, bis schließlich das geistige Befehlswort der Verfassung, kraft dessen der Staat bis zum 1. April, dem Beginn des jedesmaligen Staatsjahrzes, fertiggestellt sein muss, die noch keineswegs bestiedigte Redelust einnimmt und selbst dem beweglichsten Mundwerk Raum und Zügel erfordert.

Dieses Mal hatten Optimisten sich in der Hoffnung gewieget, dass die finanziellen Fragen einen breiteren Raum in den Verhandlungen einzunehmen würden, und zwar mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Finanzlage mit ihren steigenden Röten sich der besonderen Aufmerksamkeit der Abgeordneten immer greifbar und deutlicher auswiegte; außerdem glaubte man auch von der zur Beratung stehenden „kleinen Reichsfinanzreform“ einen Anreiz zu leichtlicher Erörterung des Staats zu erwarten zu dürfen. Der Verlauf des ersten Tages der Staatsberatung hat jene Vorahnung jedenfalls nicht erfüllt. Der Reichsbuchhaltungssekretär Hr. von Stengel hat sich allerdings, wie das ja selbstverständlich ist, streng an dem Thema, dessen natürliche Trockenheit er auch nur durch die kleine Beilage von rhetorischen Schmuck oder humoristischer Zitat zu werten verpflichtete. Herr von Stengel war vielmehr, wenn man so sagen darf, jählich bis über die Ohren und beschämte sich darauf, dem Reichstage ohne jede neue originelle Gruppierung nochmals das dürre, mit vielsachen Defizitsnotenbüchern versehene Zahlengerüste vorzuführen, das in allen wesentlichen Einzelheiten bereits aus den bisherigen Mitteilungen über den Staat bekannt genozen ist. Der Minister befand sich ersichtlich in keiner besonders günstigen Disposition; selbst der Reder, der nicht unter dem unmittelbaren Verdacht des Redners steht, merkt den Ausführungen Herrn von Stengels an, dass ihm der Ärger über die Haltung des Zentrums gegenüber der Vorlage über die Reichsfinanzreform in den Knochen lag.

Wandelte der Reichsbuchhaltungssekretär gar zu genau auf den Spuren finanzieller Rücksicht, so tummelte sein bohrischer Landsmann, der muntere Seifenreiber des Zentrums Dr. Schädler, um so lebhaft sein Stedensperg noch allen Richtungen. Ein gewiss pikanter Interesse bot zunächst der Umstand, dass der Redner mit einem Zuspruch der Teilnahme an dem Beschluss des Kaiserbogens begann. Dabei musste man unmissverständlich der scharfen Aussäße gebeten, an denen sich der selbe Herr Schädler an derselben Stelle im Vorjahr bei der Befreiung der Siedlungsgebiete hinzuheben ließ, in der Kaiser Wilhelm dem Prinzregenten gegenüber seinen Klämmen über die aus politischer Rücksicht erfolgte Verweigerung der Forderungen zu Kunstzwecken im bayrischen Staat durch die Württemberger ausgesprochen hatte. Wissend sprangte Herr Dr. Schädler mit eingeklepter schwarzer bewimpelter Panzebold gegen diesen, bald gegen jenen Feind, den sein scharfes Späherauge erkannte, und sei es auch in nebelgrauer Ferne, erblickte. In über zweihundertjähriger Rede ließ Herr Dr. Schädler so ziemlich alles, was da frucht und fleucht, vor dem Reichstage Neues vorbereiten. Der Meier Wille-Prozeß, Soldatenabnahmen, Handelsverträge, Fleischbeschau, Einquartierungslast, Handelsverträge und Wirtschaftsfragen, Warenhäuser, Rechtsfähigkeit der Vereinigungen, Ausnahmegesetz, Dörten, Wiesen, Olivenzulagen, Geschäftsfreizeiten, christliche Weltanschauung und — zuletzt, nicht am wenigsten — der Kriegsfallprozeß — das zog alles im hunderten, feuerkopfartigen Wechsel an den Zuhörern der Schädlerischen Denkschrift vorüber, sodass man die Heiterkeit, die bei

dem fühnen Schlafvortrage des Redners auf den Abstecher hinüber im Hause ausbrach, sehr begreiflich finden muß. Auch die auswärtige Politik bedachte der bayrische Zentrumsführer mit einem fausten Scherze; er meinte nämlich, die fremden Mächte täuschten augenscheinlich so viele Böhmisches „Extratouren“, dass Deutschland darüber in Gefahr geriete, zum „Mauerblümchen“ zu werden. Irrgärdlichen tiefenredlichen Eindruck kann natürlich ein derartiges Sammeltumur von Einzelheiten nicht machen. Da wird Herr Bebel, der nach Herrn Schädler vom Reden zu ziehen bestimmt ist, wohl wirkantere rhetorische Effekte hervorzurufen versuchen, während die dann folgenden Redner der konseriativen, nationalliberalen und freikonservativen Partei, sowie der freikirchlichen Volkspartei, für die der alte, gewiegte Staatskenn Eugen Richter auf den Plan tritt, die Debatte nach Möglichkeit innerhalb der sachlichen Grenzen zu halten befreit sein dürften. Der Beitritt des Herrn Schädler bei dem Redeturnier beruht auf einer in den letzten Jahren angenommenen parlamentarischen Uebung, kraft deren bei der ersten Ueitung des Staats die Reihenfolge der Redner nach der Stärke der Fraktionen bestimmt wird.

Sowohl der Staat in Frage kommt, sei hier aus den unsangreichen Darlegungen des Reichsbuchhaltungssekretärs nochmals in knapper Form hervorgehoben, dass das Defizit des Reiches für 1902 sich auf 304 Millionen beläuft, dass ferner für das laufende Finanzjahr 1903 ein Zehlbetrag von rund 20 Millionen schätzungsweise zu erwarten ist, und dass endlich der Staat für 1904 zu seiner Finanzierung eine Anleihe von 214½ Millionen Mark erfordert, das sind 20 Millionen mehr gegen den Staat für 1903; außerdem entfällt auf die Einzelstaaten eine Summe von rund 24 Millionen Mark in Form unbedeckter Matrikularkreditur. Solche durch Ueberweisungen nicht ausgeglichenen Matrikularkrediturbeiträge bilden einen der wundesten Punkte in dem finanziellen Verhältnis der Einzelstaaten zum Staat, und hierin soll, wenn die jetzige „kleine Reichsfinanzreform“ bei der Mehrheit des Reichstags Gnade findet, in Zukunft Wandel eintreten. Nach den Ausführungen des Reichsbuchhaltungssekretärs ergibt sich nunmehr das folgende vollkommen klare Bild von der geplanten Aenderung im Finanzwesen des Reiches mit Bezug auf die Matrikularkrediturbeiträge und die Frankensteinsche Klaue:

Die im Jahre 1879 am Betriebe des Zentrums eingeführte Frankensteinsche Klaue bestimmt, dass derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, der die Summe von 120 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularkreditur überwiesen werden soll. Durch besondere Gelege aus den Jahren 1887, 1895 und 1900 wurde weiter festgelegt, dass auch die Brannweinverbrauchsabgabe und die Reichssteuer, und zwar ihrem gesamten Reinertrag nach den Bundesstaaten zu überweisen sind. Nunmehr soll das Reich nach der Vorlage die Zölle, die Tabaksteuer und die Stempelsteuer in einem ganz alten behalten; insofern fallen also die Ueberweisungen an die Bundesstaaten und die Frankensteinsche Klaue gänzlich fort. Die Brannweinverbrauchsabgabe soll dagegen als Ueberweisungsteuer beibehalten werden, aber nicht, wie bisher, ihrem ganzen Reinertrag nach, sondern nach dem Maßstabe der Frankensteinschen Klaue; hier, wo sie früher nicht bestand, wird also die genannte Klaue neu eingeführt, lediglich aus dem tatsächlichen Grunde des Entgegenkommens gegen das Zentrum, für das die lohnlich durchaus entbehrliche Frankensteinsche Klaue eine Art von finanzieller Relieque bildet. Der Hauptfeind, den man sowohl aus Kreisen des Zentrums, wie des linksliberalen Überklubs gegen die „kleine Reichsfinanzreform“ erhebt, liegt auf dem Gebiete des parlamentarischen Bewilligungsschreites. Man folgert, dass die Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches bis zu annähernder Höhe seiner Ausgaben die Matrikularkrediturbeiträge der Bundesstaaten ganz oder doch zum größten Teile aus dem Reichshaushalt ausschalten werde, und kündigt davon die Verborgnis, dass der Reichstag auf solchem Wege der Mitwirkung bei der Festsetzung der Matrikularkreditur verlustig gehen, also Einbuße an seinem Bewilligungsschreit erleiden könnte. Demgegenüber ist aber darum hinzuweisen, dass die Matrikularkrediturbeiträge in der Verfassung selbst nur als ein vorbehaltliches Notbehelf charakterisiert werden und dass es nicht angängig ist, wegen einiger unterschiedlicher Stärkegrade des parlamentarischen Bewilligungsschreites Reich und Bundesstaaten gemeinschaftlich in immer härtere Finanznot hinein zu treiben. Den Widersinn des gegenwärtigen Zustandes kennzeichnet Freiherr von Stengel treffend durch den Hinweis: „Als im Jahre 1889 die Frankensteinsche Klaue in Wirksamkeit trat, betrugen die Reichseinnahmen 356 Millionen Mark und die Ueberweisungen 38 Millionen Mark. Heute betragen die Reichseinnahmen eine Milliarde Mark und davon müssen weit über 1½ Milliarden den Bundesstaaten überwiesen werden, um von dort wieder als Matrikularkreditur zurückgeholt zu werden, damit sie dann endlich der Befriedigung des Reichsbedürfnisse dienen, und das alles geschieht nur noch zu dem Zwecke, dem Reichstage bei der Einschneidebewilligung ein konstitutionelles Recht zu wahren.“ Die Regierungen und die maßgebenden Parteien in den Einzelstaaten sind untereinander darüber einig, dass das jetzige finanzielle Verhältnis zum Staat nicht länger erträglich ist, und deshalb begrüßen sie die „kleine Reichsfinanzreform“, die sie von besonnten Ausnahmefällen absehen, günstiglich und der Regel noch gegen Herauszuhängen an das Reich schüren will, mit Freuden, auch wenn dadurch, um mit Herrn Schädler zu reden, die Frankensteinsche Klaue einer Flasche Wein gleichkommt, von der nur die Flasche, die Etikette und ein Anstandschnick übrig sind.

Neueste Drahtmeldung vom 10. Dezember
(Nachts eingehende Debatte befindet sich Seite 4.)

Berlin (Priv.-Tel.) Über das Besinden des Kaisers wird mitgeteilt, dass es durchaus befriedigend sei, dass der Kaiser vorzeitig ausstehe in bester Stimmung sei, und dass die Stimme wieder einen vollen Klang habe. Das Aachener Blatt „Ara“ meldet, für den Fall einer Mittsmeereinfahrt Kaiser Wilhelms sei ein mehrjähriger Aufenthalt des Kaisers in Aachen vorgesehen. Eine Kreuzfahrt im Mittelmeer ist allerdings geplant, aber noch nicht beschlossen. Aus England wird gemeldet, dass sich der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit Prinzessin Alexandra von Cumberland verlobt hat. Am Silvesterabend des vergangenen Jahres haben die Verlobung offiziell bekanntgegeben.

Berlin (Priv.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist leider gut besetzt. Am Bundesratsteuer Graf Bielow und zahlreiche Minister und Staatssekretäre. Die erste Beratung des Staats und der Vorlage betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs wird fortgesetzt. (Abg. Bev. 100.) Der Schatzminister hat gestern die Finanzlage des Reiches nüchtern, aber im wesentlichen richtig geschildert. Diese Finanzlage gibt zu den ernstesten Befürchtungen Anlass. Die Finanzreformvorlage ist ein Produkt der Sorge der Einzelstaaten. Wir leben sie ab, weil wir neue Steuern dahinter erblicken, und weil der Reichstag bei Annahme der Vorlage kein Budgetrecht aufnehmen und damit Selbstentmachtung verhindern würde. An dem jetzigen Zustande der Finanzen ist das Zentrum schuld, das gegen seine bestreute Ueberzeugung alle Militär- und Flottendförderungen bemüht hat. Gegen das russische Vordringen in Ostasien wollte Deutschland sein moralisches Gewicht in die Waagschale werfen. Mit neuen Militärforderungen wird die Regierung in den nächsten Jahren sicher kommen. Man kann nicht früh genug in das Horn blasen, um die Leidenschaftlichkeit zu warnen. Auf seinem Gebiete werden heutzutage mehr technische und finanzielle Auswendungen gemacht, als auf dem Gebiete der Verbesserung von Menschenleben. Und dabei welche Gärung und Unzufriedenheit in der Armee, auch unter den Offizieren! Unaufhörliche Aenderungen an Schnäppen, Piken, Uniformen und ganz unruhige Mandoer und Bonaden ohne Ende! Nur ein Viertel der Dienstzeit wird verwendet auf Vorbereitung der Soldaten für eigentliche Kriegszwecke! Den bestehenden Kosten kommen die Ausgaben für den Militarismus zu gute, deshalb erfordern sie sich für patriotisch; sie sollten nur auch die Kosten dafür zu tragen bereit sein. Aber daran — das sei zu ihrer Schande geagt — denken sie nicht. (Unruhe in der Mitte und Rechts.) Wurden direkte Reichsteuer eingeführt, dann würden die Bestehenden sich wohl hüten, alles zu bewilligen. Einkommen- und Erbschaftsteuer mühten im Reich eingeführt werden; stattdessen präsentieren sie uns eine Besteuerung, die in der Hauptstadt die Armen trifft. Vor einem Jahre wurde der Soldatsteuer angenommen. Mitglieder der Rechte stützten auf den Reichsflaggen zu, um ihn zu beglückwünschen; des Händelschiffes war kein Ende. (Heiterkeit.) Und jetzt? — Auf den Ocean schafft mit getrocknetem Boot — (Heiterkeit). Mit dem Abschluss von Handelsverträgen aufgrund des neuen Soldatsteuers sieht es sehr zweideutig aus. Viele hat unter Beihilfe der Schiffsflotte in England in Aufschwung gebracht. Jetzt sollen Schiffsabnahmen auf Plätzen den Ignoranten zu liebe geplant sein. Solche waren verfassungswidrig. Redner kommt dazu auf die Sozialpolitik. Die Arbeiter sind aus dem preußischen Landtag ausgeschlossen, obgleich von ihnen Gleichberechtigung versprochen hat. Ist es Gleichberechtigung, wenn man den Arbeitern nicht einmal Berufsvereine auf gesetzlicher Rechtsgrundlage gewährt? Überall werden die Arbeiter durch die brutale Gewalt der Unternehmer gezwungen, aus ihren Organisationen auszutreten, widrigenfalls sie auf die Straße geworfen werden. In Meissen sind sie dem Zwange, aus ihrem Verbande auszutreten, gefolgt und hinterher doch noch auf die Straße geworfen worden. Kann es etwas Gemeineres, etwas Niederträchtigeres geben? (Unruhe.) In Sachsen liegen die Behörden jederzeit auf Seiten der Unternehmer, der Ausbeuter, so auch in Grimmitzhausen. Dort haben die Unternehmer die Vermittlung des Gewerbegebiets abgelehnt. Gleichwohl bezeugen die Arbeiter dort eine Gewalt, wie sie sonst nirgends zu finden sein dürfte; am allerentwesentlichsten in den Kreisen der Rechten. (Unruhe.) Statt den Arbeitern zu Hilfe zu kommen, tun die Behörden in Grimmitzhausen alles, um sie zu schwächen, ihnen den gewördigen Kampf unmöglich zu machen. Der Bürgermeister von Grimmitzhausen ist der Schwiegerohn eines der ersten dortigen Fabrikanten. (Hört, hört!) Und was hat er getan? Den Arbeitern alles Vereins- und Verhandlungsrecht unmöglich gemacht. Das ist schändlicher Missbrauch der Amtsgewalt. Da gibt es nur ein Wort: das ist echt höchst! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) In Grimmitzhausen empörte Zufälle, und lange heute nochmals eine Wohl, die lästliche Regierung würde noch eine ganz andere Antwort bekommen, als am 16. Juni. Und um was dreht sich der Streit in Grimmitzhausen? Lediglich um Abkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden. Ist denn das ein Unglück für den Fabrikanten? (Hört sich denn die zehnstündige Arbeitszeit nicht übermäßig, wo sie beliebt, in England, in Frankreich, bewährt?) Vor Jahresfrist hat Graf Bielow erzählt, der Kaiser habe auf ein Urteil geschrieben: „Warum haben wir keinen Willkür?“ Ja, weshalb will denn nicht Graf Bielow selber ein Willkür? (Große Heiterkeit.) Der deutsche Arbeiter muss endlich einmal die Stellung erhalten, die ihm in Staat und Gesellschaft gebührt. Die heutigen Zustände erinnern an die bei Verfall des römischen Reiches. Eine Hundebremse und Serdißmus nach oben. Dochmus nach unten. Man spricht so viel von der Würde Deutschlands. Verträgt es sich mit der Würde Deutschlands, anderen Leuten nachzulaufen, wie den Vereinigten Staaten mit Scheinen, für die man dort nicht einmal Erkenntlichkeit hat? Was liegt für Würde in der Erziehung, die man einzigen jungen Menschen, wie dem Sohne von Carl Sandberg, hat an sich verloren lassen? Und nun unterscheide gegenüber Russland,

Prische und Kinder.
Kinder- und Jugend-
Heilanstalt zu Rommel, Baden.
Für Kinder- und Jugend-
Heilanstalt zu Rommel, Baden.

Milch Prokons.
Futterkonserven
für Kinder- und Jugend-
Heilanstalt zu Rommel, Baden.